

Empowerment und Gemeinwesenarbeit: Von radikaldemokratischen Wurzeln, definitorischer Unübersichtlichkeit und der lokalen Dimension des Politischen

Ingeborg Beer

Mit den Begriffen *Empowerment* und *Gemeinwesenarbeit* sind individuelle Selbstbehauptungs- und politische Veränderungsprozesse, kollektive Organisationsformen und gesellschaftliche Machtfragen verbunden. In der professionellen Sozialen Arbeit deuten vor allem deren armutsbekämpfenden und radikaldemokratischen Wurzeln darauf hin, dass eine machtvolle Einflussnahme »von unten« mit gesellschaftlichen Veränderungen Hand in Hand geht. Die Gründung des ersten Settlements 1884 in einem Londoner Arbeiter- und Armenviertel (»Toynbee Hall«) gilt als Geburtsstunde der Gemeinwesenarbeit. Die Spuren des Empowerment-Konzeptes führen in die Mitte des letzten Jahrhunderts zurück, als in den USA die bestehenden Macht- und Repräsentationsstrukturen radikal in Frage gestellt und für Gleichberechtigung gekämpft wurde. Doch seither haben vielfältige gesellschaftliche Einflüsse, politische Brüche und Neudefinitionen ihre Spuren hinterlassen.

Der Begriff Empowerment wird heute eher abstrakt und bedeutungsoffen verwandt. Seine emanzipatorischen Implikationen sind weitgehend verschüttet oder fungieren als moderne Worthülsen. Die Konturen der Gemeinwesenarbeit sind im Großen und Ganzen unscharf; als eigenständiger Handlungsansatz ist sie, auch wenn sich derzeit eine Renaissance andeuten mag, wenig ausgeprägt. Klare Begriffsbedeutungen und neue Strukturen scheinen erforderlich: Was kann Gemeinwesenarbeit als Praxisansatz konkret bewirken und was meint heute der Empowerment-Begriff? Von wem werden Partizipations- und Selbstorganisationsprozesse unterstützt und umgesetzt? Wie lassen sich Empowerment und Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld des schwindenden sozialen Zusammenhalts und den Forderungen nach einer Repolitisierung Sozialer Arbeit zukunftsorientiert buchstabieren?

Professionelle Soziale Arbeit beruft sich auf die radikal-demokratischen Wurzeln von Empowerment. In der Praxis dominieren Unterstützungsstrategien.

Als sich die afroamerikanische Näherin Rosa Parks im Dezember 1955 bei einer Busfahrt in Montgomery/Alabama weigerte, ihren Platz für einen Weißen zu räumen, wurde dieser zivile Ungehorsam zum Zündfunken für die Bürgerrechtsbewegung des »black empowerment«. Als sich Edward Roberts, der gelähmt und auf ein Atemgerät angewiesen war, 1962 den Zugang zur Universität von Berkeley erkämpfte, kam es einige Jahre später zur Gründung der »Independent Living Bewegung« von Frauen und Männern mit Behinderung. Schließlich gilt die sogenannte Zweite Feministische Frauenbewegung als Beispiel für den Zusammenschluss von Individuen und Gemeinschaften gegen Unterdrückung und Bevormundung, Benachteiligung und Diskriminierung. Erst 1976 greift Barbara B. Solomon in ihrem in den USA erschienenen Buch *Black Empowerment. Social*

work in oppressed communities (1) »die Prozesse der Selbstermächtigung dieser Bewegungen als emanzipatorisches Prinzip auf und leitet daraus ein neues professionelles Verständnis für die Berufe im psychosozialen Feld ab« (2).

Auch wenn sich Menschen mit Ausgrenzungserfahrungen damals eigenständig und »außerhalb der Zuständigkeit von beruflicher Sozialer Arbeit und deren Akteur/innen« (3) organisierten – in der deutschen Rezeption wird Empowerment vor allem als »programmatisches Kürzel für eine veränderte helfende Praxis« (4) diskutiert. Empowerment ist also nicht gleich Empowerment. Auch die sperrige deutsche Übersetzung mit »Selbstbefähigung« und »Selbstbemächtigung« sowie die Verwendung des Begriffs in unterschiedlichen Kontexten (Personalführung, Gesundheitsförderung, Psychiatrie, Soziale Stadtentwicklung etc.) lässt diverse Deutungen zu. In der Sozialen Arbeit, so Norbert Herriger, zielt Empowerment vor allem darauf ab, »die Menschen zur Entdeckung ihrer eigenen (vielfach verschütteten) Stärken zu ermutigen, ihre Fähigkeiten zu Selbstbestimmung und Selbstveränderung zu stärken und sie bei der Suche nach Lebensräumen und Lebenszukünften zu unterstützen, die einen Zugewinn von Autonomie, sozialer Teilhabe und eigenbestimmter Lebensregie versprechen« (5).

So sehr dieser Paradigmenwechsel den Abschied von fürsorglichem Denken und defizitären Blickwinkeln markiert, so fehlt ihm in der Umsetzung die kollektive Perspektive der Interessenorganisation – Empowerment wird kaum mehr als politisch-emanzipatorisches Macht-konzept verstanden (6). Das individuelle »Mut machen« und »Ressourcen aktivieren« wiederum lässt sich nicht so einfach einlösen wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Koppelung von Case-Management und Empowerment bleibt weitgehend im Sollens-Bereich verhaftet. Fachliche Konzepte und Instrumente für ressourcenorientierte Unterstützung sind von geringer Bedeutung, während ausführliche Hilfepläne und Dokumentationen viel Zeit beanspruchen. Auch begleitende Supervisionen oder Evaluierungen sind eher die Ausnahme als die Regel. Kritische Einwände, dass Selbstbefähigung aufgrund kommunaler Spar- und Effektivitätsbestrebungen gefordert sei, sind mancherorts nicht von der Hand zu weisen.

Gemeinwesenarbeit hat viele Gesichter. Als »Arbeitsprinzip« ist sie von Unübersichtlichkeit, Projektcharakter und Ressourcenknappheit geprägt.

Empowerment und Gemeinwesenarbeit stehen in einem engen Zusammenhang: Beide formulieren den Anspruch, dass benachteiligte Menschen für ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse eintreten und ihre Lebensräume gemeinschaftlich verbessern. Bei der Beschreibung von Gemeinwesenarbeit ergeben sich jedoch ähnliche Probleme wie beim Empowerment. Seit dem Abschied vom Methodenkanon Sozialer Arbeit in den 1980er Jahren (7) wird Gemeinwesenarbeit »durchgängig als ein Prinzip sozialer Arbeit überhaupt verstanden« (8), wobei »die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen im Lebensbereich bzw. Stadtteil als Ursachen sozialer Benachteiligungen« (9) angesehen werden. Gemeinwesenarbeit öffnet sich als »Arbeitsprinzip« für unterschiedliche Handlungsfelder, Berufe und Akteure; gleichzeitig findet sie sich als »Konzept«, »Strategie« oder »Kompetenz« in den vielfältigen Kontexten wieder. Auch wenn es nicht beabsichtigt gewesen sein mag, so

ist damit eine gewisse Kapitulation verbunden: In der »Sozialraumorientierung« der Kinder- und Jugendhilfe ist Gemeinwesenarbeit als Aufgabenfeld Sozialer Arbeit wenig erkennbar und im Quartiersmanagement wird sie als Strategie- und Handlungsansatz der Sozialen Arbeit kaum wahrgenommen:

- Sozialraumorientierte Soziale Arbeit ist vor allem in der Kinder- und Jugendhilfe verankert. Bei den Hilfen zur Erziehung nimmt der weitgehend subjektbezogene Ansatz der Lebensweltorientierung die Individuen in ihrer alltäglichen Lebenswelt in den Blick, während mit der Sozialraumorientierung der soziale (Nah-)Raum einbezogen werden soll. Der »Fall im Feld« ist dafür zum geflügelten Wort und anschaulichen Bild geworden. Auf Grundlage des sozialräumlichen Fachkonzepts und dessen Prinzipien werden die Dimensionen der (einzel)fallspezifischen, fallübergreifenden und fallunspezifischen Arbeit unterschieden (10). Zwar wird »im Fachkonzept Sozialraumorientierung besonderes Gewicht auf die sogenannte fall-unspezifische Arbeit« (11) und damit auf die Arbeit im Sozialraum gelegt, doch dürfte auch dies in erster Linie für die Soli-Ebene zutreffen. In der alltäglichen Praxis bleibt es meist bei der Fallarbeit. Für die fallunspezifische Arbeit – und dies beklagen damit befasste freie Träger – fehlen in vielen Kommunen die erforderlichen finanziellen und zeitlichen Ressourcen mit entsprechenden Vertragsvereinbarungen und Vergütungsleistungen.
- Gemeinwesenarbeit gilt im Quartiersmanagement als »Kern-Kompetenz« (12). In dem 1999 aufgelegten städtebaulichen Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt« (heute: »Soziale Stadt – Investitionen im Quartier«) ist das Quartiersmanagement ein Instrument, um »das eigenständige Stadtteilleben wieder aufzubauen, den sozialen Verbund wieder herzustellen, alle vorhandenen örtlichen Potenziale zu stärken und die Bewohner zu motivieren, in Initiativen und Vereinen mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren. So soll erreicht werden, dass die Stadtteile schrittweise wieder als selbstständige Gemeinwesen funktionieren« (13). Als investives Programm zielt es vor allem darauf ab, die sozialen Infrastruktureinrichtungen (Schulen, Kitas etc.) und den öffentlichen Raum zu verbessern, um benachteiligende Wirkungen für die Bewohnerschaft zu mindern. Zwar werden dafür entsprechende Konzepte und Nutzungsvorstellungen mit Bewohner/innen und Akteuren erarbeitet und neue Angebote entwickelt. Doch darüber hinaus reichende Schritte zur (Re-)Aktivierung des sozialen Zusammenhalts sind keine Selbstverständlichkeit und davon abhängig, wie Kommunen das Förderprogramm umsetzen, wie sie Fördermittel bündeln und wie das ressortübergreifende Arbeiten in den Verwaltungen gelingt. Für Dieter Ölschlägel ist dieses Förderprogramm »immer eine top-down-Strategie. Es kann durchaus eine Verbesserung der Lebensumstände erreicht werden, aber es kann auch – je nach kommunaler Philosophie oder Steuerungsvorstellungen – als Spar- oder Befriedungs-strategie eingesetzt werden« (14).

Partizipationsprozesse gelten als demokratisches Kernstück von Quartiersentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Sie entscheiden über soziale Ungleichheit mit.

Partizipation ist ein Schlüsselbegriff in der Gemeinwesenarbeit und Grundprinzip einer lebendigen lokalen Demokratie. Neben der Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehen hat die Partizipation in

Quartier und Nachbarschaft für viele Menschen eine generelle Teilhabe- und Brückenfunktion. Dafür sind niedrigschwellige und (interkulturell) geöffnete Einrichtungen (Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, Bürgerhäuser, Jugendklubs etc.) und eine umfassende Partizipationskultur von Bedeutung: Bewohner/innen jeden Alters und Milieus müssen ihre Vorstellungen und Engagementformen zur Verbesserung ihrer Lebenswelt einbringen, diese mitgestalten oder selbst organisieren können. Dafür wurden in Soziale-Stadt-Quartieren vielfältige Formen und »Verfahren« entwickelt: Quartiersräte, Stadtteilforen, Zukunftswerkstätten und Vergabefonds sind dafür Beispiele.

Wann aber lässt sich wirklich von »Partizipation« sprechen? In dem von Sherry Arnstein 1969 entwickelten Stufenmodell, der Ladder of Citizen Participation, ist dies erst dann gegeben, wenn die Bewohnerinnen und Bewohner eine tatsächliche Entscheidungsmacht und Einflussmöglichkeit besitzen und/oder in Kooperationspartnerschaft mitarbeiten. Wiebke Clausen hat die Beteiligungsformen in Soziale-Stadt-Quartieren untersucht und geschlussfolgert, dass sie meist nur auf den Vorstufen von Partizipation (Information, Konsultation und Mitwirkung) angesiedelt sind (15). Auch weisen zahlreiche Untersuchungen die Selektivität von Partizipation nach: Menschen in schwierigen sozialen Lagen und mit Zuwanderungsgeschichte beteiligen sich weniger als Berufstätige und Menschen mit höherer Bildung (16). Dies ist zwar keine neue, gleichwohl folgenreiche Erkenntnis, denn dadurch werden soziale Ungleichheit und Legitimationsprobleme verstärkt, die eigentlich gemindert werden sollen.

Im Idealfall entwickeln sich marginalisierte Quartiere zu »handelnden Gemeinwesen«. Dafür sind (auch) politische Weichenstellungen und innovative Netzwerke erforderlich.

In marginalisierten Quartieren findet der gesellschaftliche Abstand zwischen Arm und Reich seinen sozialräumlichen Niederschlag. Zum einen konzentrieren sich in »Quartieren der Ausgrenzung« (17) benachteiligte Menschen – zum anderen haben diese Quartiere selbst benachteiligende Wirkungen für die Bewohner/innen. Geringe nachbarschaftliche wie infrastrukturelle Ressourcen und fehlende Brücken in die Stadtgesellschaft (»bonding und bridging social capital«) verstärken Benachteiligung und tragen zur verfestigten und »vererbten« Armut bei.

Der Weg von einem marginalisierten Quartier zum »handelnden Gemeinwesen« (18) bedarf kommunalpolitischer Weichenstellungen und konzertierter Aktionen durch Netzwerke vor Ort. Doch außerhalb von Förderkulisen tun sich lokale Politik und Verwaltungen meist schwer, sich marginalisierter Lebenswelten und -orte anzunehmen. »Vergessene Quartiere«, in denen die Bewohnerschaft jegliche Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lebenslage aufgegeben hat und sich desinteressiert von Politik und Volksparteien abwendet, sind in deutschen Städten keine Seltenheit. Als die Grünen im Bundestagswahlkampf in die Nürnberger Quartiere mit niedriger Wahlbeteiligung gingen, war es, so der Nürnberger Grünen-Chef Arnold, »frustrierend für die Teams. Wir mussten erst einmal erklären, was Wahlen sind« (19). Diese Feststellung kommt eher einer Kapitulation gleich als dem beginnenden Nachdenken darüber, was hier schon alles schiefgelaufen ist.

Marginalisierte Quartiere entstehen nicht über Nacht. Sozialräumliche Abwärtsentwicklungen lassen sich an statistischen Daten, aber auch an vielfältigen Rückzugsformen ablesen – von Lebensmittelläden, Ärzten, weiterführenden Schulen und schließlich von den Bewohnerinnen und Bewohnern. Rechtzeitig und vorausschauend wären lokalpolitische Weichenstellungen erforderlich, nicht erst dann, wenn »das Kind schon in den Brunnen gefallen« ist. Jedes dieser Quartiere benötigt Strukturen für Zusammenarbeit, geeignete Orte für Begegnung und Kommunikation sowie eine »Logik der Zwanglosigkeit« (20) in der Sozialen Arbeit. Gemeinwesenarbeit kann für einen solchen Strukturaufbau zwar Hilfestellung leisten, indem sie gruppenübergreifend Akteure zusammenbringt, die Bewohner/innen für ihre eigenen Interessen aktiviert und sie auf dem Weg zu handlungsfähigen Akteuren stärkt – doch wer erhält von wem dafür ein Mandat?

Empowerment und Gemeinwesenarbeit: Quo vadis?

Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, wie sich Städte und Quartiere in den nächsten Jahrzehnten entwickeln werden. Aktuelle Themen wie Wohnungsnot, Kinder- und Altersarmut, Migration und Segregation geben jedoch Hinweise darauf, dass Städte und Quartiere als Gemeinwesen, also als »soziales und räumliches Lebensumfeld von Menschen« (21), vor großen Herausforderungen stehen. Vor diesem Hintergrund lassen sich einige Anregungen zur Positionierung der Gemeinwesenarbeit im Kontext der Stadtentwicklung zusammenfassen.

Mehr begriffliche Klarheit und Eindeutigkeit

Fachliche Diskurse zu Empowerment und Gemeinwesenarbeit sollten weniger der professionellen Selbstvergewisserung dienen und stärker in die Stadtentwicklungspolitik hineinwirken. Es kommt darauf an, Stadt und Quartier als Beziehungsgeflechte sozialen Zusammenlebens und Zusammenhalts ins Blickfeld zu rücken und die intermediäre und brückenbau-ende Rolle der Gemeinwesenarbeit aufzuzeigen (22). Sie muss nach Innen und Außen verständlich machen können, wodurch sie sich auszeichnet und wie sie sich von anderen Disziplinen der Stadtentwicklung unterscheidet: durch eine basisdemokratische, partizipative und langfristige Arbeit vor Ort, die mehr ist als ein Arbeitsprinzip oder ein Instrument zeitlich und örtlich begrenzter Förderprogramme.

Langfristigkeit und Sicherheit der Finanzierung

Die Dominanz des Projektcharakters stellt durchweg – auch wenn Berichte und Evaluierungen bei Projektende optimistische Schlussfolgerungen ziehen mögen – die Nachhaltigkeit von Prozessen, Ergebnissen und aufgebauten Strukturen in Frage. Miriam Fritsche und Simon Güntner plädieren deshalb für »eine langfristig angelegte und sichergestellte Gemeinwesenarbeit, die dabei unterstützt, eine Öffentlichkeit zu schaffen, um lokale Belange zu thematisieren und auf die Agenda zu bringen« (23). Diese langfristige Perspektive bedarf jedoch verlässlicher Strukturen und geeigneter Finanzierungsinstrumente. Zu diesen Themen besteht ein hoher Klärungs- und Handlungsbedarf, auch unter Einbeziehung der Frage, »inwiefern eine emanzipatorische und solidarische Praxis angesichts der öffentlichen Finanzierung möglich ist« (24).

Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit und Demokratieentwicklung

Fragen und Forderungen nach einer Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit sind derzeit von hoher Aktualität und werden mit unterschiedlichem Tenor vorgetragen. Sie betreffen ein breites Spektrum, das vom Aufdecken gesellschaftlicher Machtverhältnisse über eine stärkere Berücksichtigung des Community Organizing bis hin zu hochschulpolitischen Innovationen und Kooperationen mit Gewerkschaften reicht (25). Wenn soziale Ungleichheit eine »Demokratie für Wenige« (26) hervorzubringen droht, dann sind weniger die historischen radikaldemokratischen Wurzeln Sozialer Arbeit, als vielmehr aktuelle und vielfältige Antworten für partizipative Quartiersentwicklungen, eine empowernde Gemeinwesenarbeit und zukunftsfähige Städte von Bedeutung.

Nachhaltigkeit und Verstetigung von Interventionsstrategien

Viele Kommunen stehen besonders in der Schlussphase des zeitlich und örtlich begrenzten städtebaulichen Förderprogramms Soziale Stadt vor der Aufgabe, die erreichten Ergebnisse zu sichern und in neue Strukturen zu überführen. Die Rolle der Gemeinwesenarbeit scheint dabei weitgehend offen. Verstetigungs-Diskurse finden vielerorts ohne GWA-Protagonist/innen statt, Ehrenamtlichkeit wird groß geschrieben. Insbesondere wäre es lohnenswert, mit Programmverantwortlichen über Verstetigungsformen nachzudenken und gemeinsam nachhaltige Modelle dafür zu entwickeln – beispielsweise durch öffentlich und langfristig finanzierte Gemeinwesenarbeiter/innen in Stadtteilzentren.

Schlußschluss mit übergreifenden Strategien der Sozialraumorientierung

Schließlich steht vielerorts die Konzeptionierung und Implementierung einer gesamtstädtisch ausgerichteten und integrierten Sozialen Stadtentwicklung auf der Tagesordnung (27). Hier liegen Chancen für eine moderne Gemeinwesenarbeit, die sich Fachkonzepten und übergreifenden Strategien, urbanen Gegenwarts- und Zukunftsthemen, benachteiligten Zielgruppen und der gesamten Stadtbevölkerung widmet – die unterstützend und proaktiv ausgerichtet ist. Innovative Antworten zur Neu-Planung von Quartieren in wachsenden Städten wären ebenso einzubringen wie geeignete Strategien für anhaltend marginalisierte oder »vergessene Quartiere«. Für solch umfassende Aufgaben wäre die Rolle der Gemeinwesenarbeit jedoch in vielerlei Hinsicht neu zu definieren und kommunal ganz anders zu verankern.

Anmerkungen

(1) Solomon 1976

(2) Glaser 2015, S. 32

(3) ebd.

(4) Herriger 2002, S. 7

-
- (5) ebd.
- (6) vgl. Weber 2009
- (7) vgl. Boulet/ Krauss / Ölschlägel 1980, S. 156 f.
- (8) Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2017, S. 392
- (9) ebd.
- (10) vgl. Hinte/Treeß 2007
- (11) Fehren 2017, S. 186
- (12) LAG Nds. o.J.
- (13) ARGEBAU 2005, S. 5
- (14) Ölschlägel 2017, S. 175
- (15) Clausen 2013, S. 6
- (16) vgl. IfS 2011, S. 179
- (17) Häußermann/ Siebel 2004, S. 160
- (18) Ölschlägel 2012, S. 1
- (19) Nürnberger Nachrichten 27.10.2018
- (20) Sennett 2015, S. 79
- (21) Becker 2017, S. 176
- (22) vgl. Riede 2016
- (23) Fritsche/ Güntner 2014, S. 315
- (24) Stoik 2018
- (25) vgl. Schreier 2018, Müller 2011, Ölschlägel 2005, Stövesand et. al. 2013
- (26) Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2017
- (27) vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009

Literaturverzeichnis

ARGEBAU (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt vom 29.08.2005.

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation, Journal of the American Planning Association, Vol. 35, No. 4, July 1969, S. 216 - 224.

Becker, Martin (2017): Gemeinwesen, Quartiere, Gemeinwesenarbeit. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. vhw FWS 4, Juli – September 2017, S. 176 – 180.

Boulet, Jaak/ Krauss, Jürgen/ Ölschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit, eine Grundlegung. Bielefeld: AJZ-Druck & Verlag.

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (2017): Soziale Ungleichheit – was bedeutet sie für die Demokratie und die politische Bildung? URL: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/12715>

Clausen, Wiebke (2013): Wo können Beteiligungsprojekte in der Sozialen Stadt auf der Stufenleiter der Partizipation angesiedelt werden? In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2013 vom 13.12.2013. URL: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_clausen_131213.pdf.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.) (2017): Fachlexikon der Sozialen Arbeit, 8. Auflage.

Fehren, Oliver (2017): Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – ein ambivalentes Verhältnis. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. vhw FWS 4, Juli – September 2017, S. 185 – 188.

Fritsche, Miriam/ Güntner, Simon (2014): Beteiligungsverfahren zwischen Erwartungen und Enttäuschungen. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. vhw FWS 6/ Dezember 2014, S. 312 – 316.

Glaser, Stefan (2015): Plädoyer gegen Empowerment? Zwischen Ansprüchen gelebter Praxis, Kritik und neuen Ideen. In: soziales_kapital. wissenschaftliches Journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit Nr. 14. URL: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/405/668.pdf>

Häußermann, Hartmut/ Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt: Campus.

Herriger, Norbert (2006): Stichwort Empowerment, in: Empowerment.de. Potenziale nutzen. URL: <https://empowerment.de/empowerment.de/files/Materialien-1-Stichwort-Empowerment.pdf>.

Herriger, Norbert (2002): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 2. Auflage, Stuttgart Berlin Köln: W. Kohlhammer.

Hinte, Wolfgang (o. J.): Gemeinwesenarbeit (GWA) - Stadtteilarbeit. In: Wegweiser Bürgergesellschaft.de. URL: <https://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/gemeinwesenarbeit-gwa-stadtteilarbeit/>

Hinte, Wolfgang/Treeß, Helga (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik. Weinheim und München, Juventa Verlag.

IFS – Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik Berlin (2011): Partizipation vor Ort (Endbericht). Erstellt im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Berlin.

Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Soziale Brennpunkte Nds. e.V. (o.J.): Stadtteilarbeit.de. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/handlungsfelder-gwa/gwa-quartiermanagement/116-gwakernkompetenz.html>

Müller, Carsten (2011): Community Organizing – ein Mittel zur Re-Politisierung der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat?! In: Stadtteilarbeit.de URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/communityorganizing-76/347-co-sozialstaat.html> .

Ölschlägel, Dieter (2017): Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. In: Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. In: vhw FWS 4 / Juli – September 2017, S. 171-175.

Ölschlägel, Dieter (2012): Gemeinsam mehr erreichen – Ältere im Stadtteil und die Gemeinwesenarbeit. URL: http://www.fogera.de/wp-content/uploads/2012/01/Oelschl%C3%A4gel_PiA_Tagung.pdf .

Ölschlägel, Dieter (2005): Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit, in: Störch, Klaus (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit, Hamburg, S. 259 – 277.

Riede, Milena (2016): Gemeinwesenarbeit als Brückenbauerin. Zur Neuaufgabe eines bewährten Konzeptes in heterogenen Nachbarschaften. In: Soziale Arbeit (DZI) 9/2016, S. 325 - 332.

Schreier, Maren (2018): Gemeinwesenarbeit (re-)politisiert!? Denk- und Diskussionsanstöße im Kontext kritisch-reflexiver Sozialer Arbeit. In: sozialraum.de. URL: <https://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-re-politisiert.php>

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.) (2009): Handbuch zur Sozialraumorientierung. Grundlage der integrierten Stadt(teil)entwicklung Berlin.

Sennett, Richard (2015): Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. München: Hanser Verlag.

Solomon, Barbara B. (1976): Black Empowerment. Social Work in Oppressed Communities. New York: Columbia University Press.

Stövesand, Sabine/ Stoik, Christoph/ Troxler, Ueli (2013): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Deutschland – Schweiz – Österreich. Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Band 4. Opladen, Berlin; Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Stoik, Christoph (2018): Auf einer Spurensuche nach einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit in Wien. In: soziales_kapital. wissenschaftliches Journal österreichischer fachhochschul-studiengänge soziale arbeit Nr. 19 (2018). URL: <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/571/1029>

Weber, Joachim (2009): Begeisterung für die Macht als politische Grundhaltung. Ein Gegenentwurf zur deutschen Rezeption von Empowerment. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Juni 2009, S. 7 – 21.

Autorin

Dr. Ingeborg Beer ist als Stadtsoziologin mit ihrem Büro für Stadtforschung + Sozialplanung in Berlin seit mehreren Jahren an der Schnittstelle von Stadtumbau und Sozialer Stadt in Schwedt/Oder tätig. Sie begleitet den Prozess des Schrumpfens von Städten durch integrierte Konzepte und partizipative Projekte.

Kontakt

Stadtforschung + Sozialplanung Berlin

Dr. Ingeborg Beer

Kurfürstendamm 123

10711 Berlin

Tel.: (0 30) 8 91 54 53

E-Mail: info@stadtforschung-berlin.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de